

## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 370 / 2014

Kiel, Donnerstag, 11. September 2014

Verkehr / PKW-Maut

### Christopher Vogt: Die „PKW-Maut für Ausländer“ ist nicht nur europarechtlich fragwürdig, sondern auch ein fatales europapolitisches Signal

In seiner Rede zu TOP 28 (Einführung der PKW-Maut verhindern) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Angesichts der Tatsache, dass unsere Gesellschaft, was die Erfolgsaussichten im globalen Wettbewerb angeht, immer mehr darauf angewiesen ist, dass die Menschen möglichst gut ausgebildet werden und eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verfügung haben, investiert die öffentliche Hand in diese Bereiche im Vergleich viel zu wenig Geld. Woran liegt das? Über Steuern und Abgaben werden allein aus dem Straßenverkehrsbereich Jahr für Jahr weit über 50 Milliarden Euro vom Staat eingesammelt, aber nur ein Bruchteil davon wird dann wieder in den Verkehrssektor investiert. Niemand kann deshalb ernsthaft behaupten, dass es hier ein Einnahmeproblem gibt.“

Die chronische Unterfinanzierung des Verkehrssektors resultiert aus einer anhaltend falschen Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik: Der Verkehrssektor dient dem Staat als zuverlässige Einnahmequelle, seine gesellschaftliche Bedeutung wird jedoch noch immer verkannt. Die Einnahmen aus diesem Bereich müssen weitestgehend andere Bereiche finanzieren. Dies sollte man bei der Diskussion über die zukünftige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur nicht ausblenden.

Die Investitionen für den notwendigen Erhalt, Aus- und Neubau im Bereich der Straßen, Schienen und Wasserstraßen müssen in den nächsten Jahren schrittweise erhöht werden. Die Mittel dafür sollten überwiegend aus dem allgemeinen Haushalt kommen. Es gibt ja die wirklich interessanten Analysen und Vorschläge der ‚Bodewig-

Kommission'. Ein großer Bundesverkehrsminister war Herr Bodewig vielleicht nicht unbedingt, aber die Arbeit seiner Kommission war keine schlechte Diskussionsgrundlage. Ich teile nicht alle Vorschläge. Das Verursacherprinzip muss sicher auch zukünftig in gewissem Maße eine Rolle spielen, aber das Vorhalten einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur muss eine staatliche Kernaufgabe bleiben. Alle profitieren davon, also müssen auch alle ihren Beitrag leisten.

Die CSU hat nun gemeinsam mit CDU und SPD unsere europäischen Nachbarn, die unsere Straßen mitnutzen, als neue Einnahmequelle entdeckt. Dabei zahlen sie hierzulande an der Zapfsäule bereits heute mehr Geld an den Staat, als sie an Kosten verursachen. Die von der schwarz-roten Bundesregierung geplante ‚PKW-Maut für Ausländer‘ ist nicht nur europarechtlich fragwürdig, sondern auch ein fatales europapolitisches Signal. Sie basiert auf einem krassen Wortbruch von CDU und SPD. Sie ist wirtschaftspolitisch kontraproduktiv, unfair gegenüber unseren europäischen Nachbarn und nicht zuletzt völlig untauglich, um den Problemen bei der Verkehrsinfrastruktur wirksam zu begegnen. Sie löst zwar kein Problem, schafft aber viele neue.

Das Versprechen der Bundesregierung, dass kein deutscher Autohalter finanziell zusätzlich belastet würde, ist allein schon deshalb völlig unglaubwürdig, weil eine Reihe von Nachbarländern nachziehen und dadurch viele inländische Autohalter zumindest indirekt zusätzlich belastet würden. Der zu erwartende Ertrag würde in keinem auch nur ansatzweise vernünftigen Verhältnis zum Aufwand stehen. Man würde ein neues Bürokratiemonster schaffen, das nun wirklich kein Mensch braucht.

Nicht zuletzt durch die Tatsache, dass diese Maut nun auch nicht mehr nur für die Nutzung der Bundesautobahnen, sondern auch für alle weiteren Straßen des Bundes, der Länder und Kommunen erhoben werden soll, wäre diese Gebühr eine massive Belastung für die sogenannten kleinen Grenzverkehre und damit auch ein Mobilitätshindernis in der deutsch-dänischen Grenzregion. Jeder Feldweg soll mautpflichtig werden. Die Zahl der dänischen Tagesgäste würde sich reduzieren, was vor allem dem Einzelhandel und der Gastronomie im Norden unseres Bundeslandes schaden würde. Was dem Norden Schleswig-Holsteins schadet, schadet Schleswig-Holstein insgesamt.

Die von der Landesregierung und der schleswig-holsteinischen CDU geforderten Ausnahmen würden die Maut nicht wirklich besser, sondern sogar eher noch schlimmer machen. Wie z.B. das dann entstehende Diskriminierungsproblem bei den inländischen Autohaltern gelöst werden könnte, weiß offenbar niemand. Wir wollen keine neuen (Maut-)Grenzen zu unseren europäischen Nachbarn und erst recht keine neuen Grenzen innerhalb unseres Landes schaffen. Die Ausnahme von bestimmten Regionen wäre immer willkürlich und würde neue Ungerechtigkeiten und Probleme schaffen. Nicht nur das aktuelle Konzept von Herrn Dobrindt ist problematisch, der Grundgedanke seiner Mautpläne ist unsinnig.

Dass nach der populistischen ‚Ausländer-Maut‘ nun von der CSU die Forderung nach einem Aussetzen des Schengen-Abkommens gekommen ist, sollte wirklich niemanden wundern. Wenn man daran arbeitet, die weggefallenen Grenzen innerhalb Europas mit anderen Mitteln wieder herzustellen, ist dies eben eine Einladung an die Populisten.

Man wird die AfD nicht dadurch überflüssig machen, indem man nun ständig versucht, sie rechts zu überholen. Es ist jetzt die Aufgabe von CDU und SPD, die CSU in dieser Frage bei dieser irren Maut-Debatte endlich zur Vernunft zu bringen. Deshalb sollten sich die Landesregierung und auch die CDU-Fraktion auf der Bundesebene nicht nur für Ausnahmen in Grenzregionen oder andere Korrekturen einsetzen, sondern dafür, dass dieses Konzept komplett eingestampft wird. Die Interessen unseres Landes sind wichtiger als die Gesichtswahrung einer bayerischen Regionalpartei mit populistischen Flausen im Kopf!“